

# Mitte kämpft gegen Kulturlandinitiativen

CVP, FDP, GLP, Bauern und Wirtschaftsverbände engagieren sich für den Gegenvorschlag zu den Kulturlandinitiativen.

Lukas Nussbaumer

Das Kulturland besser schützen und die Zersiedelung stoppen: Hinter diesen Zielen stehen nicht nur die Urheber der 2018 eingereichten Kulturlandinitiativen. Auch Mitglieder fast aller Parteien, insbesondere Kräfte von SP und Grünen, unterstützen die Volksbegehren (siehe Kasten). Doch nicht nur sie wollen den Schutz der Böden und des wertvollen Landwirtschaftslands im Gesetz besser verankern: CVP, FDP, GLP, Bauern sowie der kantonale KMU- und Gewerbeverband teilen das Anliegen – sehen dafür jedoch einen Gegenvorschlag zu den Initiativen vor, wie deren Vertreter gestern vor den Medien betonten.

Die von Verbänden sekundierte Mitte kämpft für einen Gegenvorschlag, der im Wesentlichen aus der Feder des Regierungsrats stammt. Er wurde vom Parlament vor einem Jahr jedoch konkretisiert. Das Luzerner Stimmvolk befindet am 29. November über alle drei Vorlagen. Es kann auch entscheiden, welcher Variante es bei einem Ja zur Gesetzesinitiative und zum Gegenvorschlag den Vorzug geben möchte.

## Ineichen: «Mehrwert des Gegenvorschlags zeigen»

CVP-Präsident Christian Ineichen ist sich im Klaren, dass der Abstimmungskampf schwierig wird. Schliesslich sind links-grüne Anliegen derzeit populär, wie das Nein zum eidgenössischen Jagdgesetz und das Ja zur kantonalen Mieterinitiative am 27. September gezeigt haben. Dazu kommt Ende November: Die Initianten haben die volle Unterstützung der Umweltverbände, die Stimmbeteiligung dürfte wegen des nationalen Urnengangs über die Konzernverantwortungsinitiative hoch sein, was erfahrungsgemäss



Der Druck auf das Kulturland ist in stadtnahen Gebieten hoch. Auf dem Sonnenberg (Bild) wird nicht zuletzt wegen eines beschlossenen Einzonungsmoratoriums vorerst allerdings nichts gebaut. Bild: Patrick Hürlimann (Kriens, 15. August 2020)

## «Bei einem Ja zu den Initiativen wäre der Neubau eines modernen Viehstalls nicht mehr möglich.»



Jakob Lütolf  
Präsident Bauernverband

eher linken Vorlagen zugutekommt – und die Kulturlandinitiativen geniessen auch in CVP-, SVP- und GLP-Kreisen viele Sympathien. «Umso wichtiger ist es, dem Volk den Mehrwert aufzuzeigen, den der Gegenvorschlag bringt», sagt Ineichen.

Damit meint der CVP-Präsident etwa die Verhinderung von steigenden Kosten für das Wohnen oder das Abwenden von Entschädigungsforderungen, wie das laut Ineichen bei einer Zustimmung zu den Initiativen der Fall wäre. Ausserdem brauche es regionale Optionen – «Marbach ist nicht gleich wie Meggen», so der Marbacher. Wie ernst die Befürworter des Gegenvorschlags den

Abstimmungskampf nehmen, zeigte das gestrige Grossaufgebot vor den Medien: Neben Ineichen traten FDP-Präsidentin Jacqueline Theiler, GLP-Kantonsrat Urs Brücker, Bauernverbandspräsident Jakob Lütolf, Gewerbeverbandsdirektor Gaudenz Zemp sowie die Kantonsräte Michael Kurmann (CVP) und Ruedi Amrein (FDP) auf.

Sie alle legten besonderen Wert auf die Feststellung, der Gegenvorschlag sei moderater als die Initiativen. So würde ein Ja zur Gesetzesinitiative laut Urs Brücker die Realisierung von Zentralen für thermische Netze oder Biogasanlagen verhindern. Oder es gingen raumplanerische Freiheiten verloren, weshalb die

Ansiedlung neuer Unternehmen im Kanton Luzern nicht mehr möglich wäre, wie Gaudenz Zemp argumentierte. Auch für bereits ansässige Firmen wäre es «kaum mehr möglich, Land für die Erweiterung des eigenen Betriebs zu beanspruchen».

## Bauern sorgen sich wegen Fruchtfolgefleichen

Besonders stark betroffen von den Vorlagen sind die Bauern, denn einer der strittigen Punkte ist der Schutz der Fruchtfolgefleichen, also des besonders wertvollen Landwirtschaftslands. In den Initiativen geht dieser Schutz weiter als im Gegenvorschlag, was für Michael Kurmann falsch ist: «Wird

## Breites Ja-Komitee

Die beiden Kulturlandinitiativen – es gibt eine Verfassungs- und eine Gesetzesinitiative – finden Unterstützung bei Mitgliedern fast aller Luzerner Parteien. Ausnahme: die FDP. Prominenteste CVP-Vertreter sind alt Regierungsrat Klaus Fellmann, Alois Hodel, früherer Geschäftsführer des Luzerner Bauernverbands, und Letizia Ineichen, Schwester von Kantonalparteipräsident Christian Ineichen und künftige Leiterin der städtischen Dienstabteilung Kultur und Sport.

Hinter den Initiativen stehen zudem sämtliche Umweltverbände, viele Jungparteien und mit Yvonne Schärli auch die letzte SP-Regierungsrätin. Die Kampagne leitet SP-Kantonsrat Hasan Candan. Im Parlament wurden die Initiativen klar abgelehnt – nur SP und Grüne sagten Ja. Der Gegenvorschlag fand mit 66 zu 49 Stimmen bloss eine relativ knappe Mehrheit, da er neben den Linken auch vom Grossteil der SVP abgelehnt wurde. (nus)

die Gesetzesinitiative angenommen, sind Fruchtfolgefleichen praktisch gleich gut geschützt wie Hochmoore.» Damit würde die bauliche Entwicklung eingeschränkt und die Zersiedelung gefördert, so Kurmann. Auch für Jakob Lütolf geht der Schutz der Fruchtfolgefleichen in den Initiativen zu weit. «Gibt es ein Ja, wäre der Neubau eines modernen Viehstalls zur tiergerechten Haltung nicht mehr möglich.»

Der Kanton Luzern muss zur Ernährungssicherung in Krisenzeiten Fruchtfolgefleichen im Umfang von 27 500 Hektaren sicherstellen. Dies bei einer gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von derzeit knapp 76 000 Hektaren.

## Neue Planung für Velowege gefordert

**Motion** Das bestehende Strassenbaugesetz soll so angepasst werden, dass die Radroutenplanung von der Planung der Kantonsstrassen entkoppelt wird. Das fordern Kantonsrätin Yvonne Zemp Baumgartner (SP, Sursee) und Mitunterzeichnende in einer Motion. Radrouten sollen unabhängig von einem Sanierungsbedarf und der Linienführung der Kantonsstrasse gebaut werden können.

In einer Stellungnahme empfiehlt der Regierungsrat, die Motion als Postulat als erheblich zu erklären. Man sei sich bewusst, dass sich die Rahmenbedingungen für den Radverkehr stetig verändern, schreibt er. Es werde in Zukunft sinnvoll sein, Strassenbauvorhaben gesamtlich und abgestimmt auf alle Verkehrsmittel anzugehen – bei Bedarf auch mit einer von der übrigen Strassenführung losgelösten Linienführung für Radrouten und Velowege. (fmü)

## Autos sollen CO2-frei fahren

Der Kanton will seine Fahrzeugflotte verkleinern und verstärkt auf Motoren setzen, die ohne Benzin und Diesel laufen.

FDP-Kantonsrat Patrick Hauser forderte mit einem Postulat Anfang Jahr, dass der Kanton Luzern bei der Beschaffung von Fahrzeugen in allen Departementen und Dienststellen die Möglichkeit alternativer Antriebsarten prüfen solle. Er erwähnte dabei Hybrid, Elektro, Wasserstoff oder synthetische Treibstoffe. Bei der Regierung stiess Hauser mit seinem Begehren nun auf offene Ohren – sie beantragte dem Parlament, das Postulat gutzuheissen.

In seiner Antwort auf den parlamentarischen Vorstoss schrieb der Luzerner Regierungsrat gestern, er sehe eine klare Chance, mit emissionsfreien Antriebstechnologien eine CO2-freie Mobilität zu ermöglichen. Auch Spezialfahrzeuge würden zunehmend mit

Alternativantrieb angeboten. Den Zusammenschluss der kantonalen Verwaltung im geplanten Neubau auf dem Seetalplatz in Emmenbrücke will der Regierungsrat nutzen, um den Bestand von Geschäftsautos zu reduzieren. Diese sollen nur noch zum Einsatz kommen, wenn die Wegstrecke weder mit Bus, Bahn, Velo noch zu Fuss absolviert werden kann. Dabei sollen so weit wie möglich elektrisch betriebene Carsharingfahrzeuge benutzt werden.

## Aus Kostengründen auf Elektroautos verzichtet

Ausgenommen von diesem Pool sind Spezialfahrzeuge wie etwa Polizeiautos. Die Luzerner Polizei hat eine Flotte von 200 Fahrzeugen, die jährlich drei Millionen Kilometer zurücklegen.

Weil Elektroautos teurer sind als herkömmliche und eine kleinere Reichweite haben, wurde lange auf entsprechende Beschaffungen verzichtet. Dieses Jahr kauft die Luzerner Polizei aber drei erste Hybridfahrzeuge. Eines wird als Regierungslimosine eingesetzt, die beiden anderen als zivile Patrouillenfahrzeuge, wie es in der Stellungnahme des Regierungsrats weiter heisst.

Die Luzerner Polizei benötigt auch einen neuen Wasserwerfer. Auch hier wird geprüft, ob ein Fahrzeug mit Alternativantrieb in Frage kommt – ebenfalls ein Anliegen Hausers. Laut Regierung müsse aber gewährleistet sein, dass das Fahrzeug jederzeit einsatzfähig sei und es ein passendes Angebot auf dem Markt gebe. (sda)

## Gebühr nicht zu schnell abschaffen

**Grundwassernutzung** Bei der Frage, ob Luzerner Hauseigentümer, die mit Hilfe der Grundwasserwärme heizen, eine Gebühr zahlen müssen, sieht sich der Regierungsrat in der Zwickmühle. Er findet, dass die Gebühr gerechtfertigt sei, sieht aber auch ein, dass deren Abschaffung umweltpolitisch sinnvoll sein könnte. Die Kantonsregierung möchte deswegen den Verzicht auf die Gebühr in einer energiepolitischen Gesamtsicht prüfen, wie er am Montag zu einer Motion von Thomas Meier (FDP, Schenkon) mitteilte.

Der Parlamentarier verlangte, dass die Nutzung des Grundwassers nicht mehr mit einer jährlichen Gebühr belastet wird. Der Kanton nehme von den 240 Konzessionsnehmern jährlich gut 890 000 Franken ein. Die Gebühr bremse den Ersatz von Ölheizungen durch alternative Heizsysteme, schreibt Thomas Meier. (sda)

## Vorstoss fordert mehr Mitsprache

**Kantonsrat** Bei komplexen Projekten soll ein grundlegender Kultur- und Praxiswandel in den kantonalen Dienststellen stattfinden. Dies fordert Kantonsrat Roger Zurbriggen (CVP, Neuenkirch) in einem Postulat, das von Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der SVP unterzeichnet wurde. Es genüge nicht, dass eine federführende Stelle grosse Strassen- oder Wasserbauprojekte alleine definiert und erst danach lokale Behörden und Interessengruppen zur Vernehmlassung einlädt.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Antwort das gestiegene Bedürfnis nach mehr Mitsprache. Den Erwartungen durchwegs zu entsprechen, sei jedoch nicht möglich, wenn die Projekte «in einem vertretbaren Zeitrahmen realisiert werden sollen». Er schlägt vor, die Leitfäden für das Projekt- und Qualitätsmanagement zu überprüfen und zu verbessern. (rbi)